

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettizille oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamzellen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 11

Februar 1921.

Wildbad, Samstag, den 15. Januar 1921

Februar 1921.

55. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

Dabeim.

Die Welt, die Fremde, lohnt mit Kränkung,
was sich unverbessert ihr gefällt;
Das Haus, die Heimat, die Beschränkung,
die sind das Glück und sind die Welt.

Fontane.

Wochenrundschau.

Am 10. Januar 1920 ist der Vertrag von Versailles in Kraft getreten. Man hat den Jahrestag in Deutschland kaum beachtet; man hätte seiner auch nur als des schwärzesten Tags in Deutschlands Geschichte mit Schmerz und Scham gedenken können. Nur der Deutsche Ostmarkenverein hat im Namen der besonders schwer getroffenen Deutschen in den Ostmarken einen stammenden Einspruch gegen den Vertrag von Versailles an die ganze Welt gerichtet.

Die Finanzminister der acht größeren Bundesstaaten sind am 7. und 8. Januar in Bamberg zu einer Besprechung über schwebende Finanzfragen zusammengekommen. Der bayerische Finanzminister Dr. Krausnick betonte in seiner Ansprache ausdrücklich, daß die Besprechung keineswegs den Zweck habe, gegen die Reichsfinanzverwaltung Opposition zu machen, aber es müsse gefordert werden, daß man in Berlin sofort Rücksicht auf die Bundesstaaten und die Gemeinden nehme, daß sie leben können, denn ohne diese Grundfragen würden alle Anstrengungen zum Wiederaufbau des Reichs vergeblich sein. Das ist unbedingt richtig, aber es ist über das Ziel hinausgeschossen, wenn ein führendes Blatt in Bayern aus diesen Worten glaubt folgern zu dürfen, in Bamberg sei eine „geschlossene Finanzfront“ der Einzelländer gegen die Reichsfinanzverwaltung geschaffen worden.

Dabei soll allerdings nicht verkannt werden, daß die Reichsfinanzpolitik in den letzten Monaten nicht immer stetig und klar gewesen ist. Man braucht nur an die unendlichen Verhandlungen in der Besoldungsfrage, die aufs neue zu einer Reichskrise sich auszuwachsen droht — was sie nie zu werden brachte —, zu erinnern. Die Zahl der Reichsbeamten beträgt gegenwärtig 677 408, die der gegen Taggeld Angestellten (Diätäre) 122 000, dazu kommen noch 90 000 Vertragsangestellte und die im Reichsdienst stehenden Arbeiter. Durch das Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 wurden die Bezüge der Beamten und Diätäre um 9910 Millionen Mark jährlich erhöht. Das Gesetz vom 17. Dezember 1920 erhöhte weiter 1000 Millionen hinzu. Infolge der Erhöhung der Kinderzuschläge und der Aufbesserung der Diätäre kamen dazu noch 743 Millionen und durch die Erhöhung der Bezüge der Altersrentner 1800 Millionen. Die Umänderung des Ortsklassenverzeichnisses, die viele Beamte einer höheren Ortsklasse zuteilt, verursachte einen weiteren Aufwand von einigen hundert Millionen. Im ganzen betrug der Aufwand für die Besoldung der Reichsbeamten 13 bis 14 000 Millionen Mark. Die im November v. J. von den Eisenbahnerverbänden eingereichten Forderungen hätten eine neue Belastung von 5740 Millionen erfordert, durch Vergleich wurde der Betrag auf 2854 Millionen ermäßigt, wovon auf die Eisenbahnen (Beamte, Angestellte und Arbeiter) 1336 Millionen, auf die Post 609 Millionen, auf die übrigen Reichsverwaltungen 909 Millionen entfallen. Für Beamte, Arbeiter und Pensionäre hat also das Reich 16 600 Millionen jährlich aufzubringen. In dieser Summe sind aber die Beamten, Pensionäre und Arbeiter der Einzelstaaten, Gemeinden, Amtsverbände usw. nicht inbegriffen, die nach dem Vorgang des Reichs ohne Weiteres in den Genuss der erhöhten Bezüge kommen müßten, die Ausgabe wird sich also im ganzen Reich vervielfältigen.

Kalter Schweiß trat dem Reichsfinanzminister auf die Stirne, als er am 7. Januar, nach der Rückkehr aus den Reichswirtschaftsrats in Freiburg, im Finanzschutz des Reichswirtschaftsrats seine Not klagte. In seiner Abwesenheit habe man Milliarden verhandelt, ohne zu fragen, woher das Geld komme. Er mache sein Verbleiben im Amt davon abhängig, daß für die neuen

Ausgaben auch sogleich die Deckung geschaffen werde. Es werde klar, daß jede Finanzpolitik schließlich Wirtschaftspolitik sei — eine alte Wahrheit, die leider so oft nicht verstanden wird. Die direkten Steuern könne man nicht weiter anspannen; ohne neue Steuern aber sei nicht auszukommen, es sind also neue oder verschärfte indirekte Steuern, Verbrauchssteuern in Aussicht genommen, und dazu eine sehr starke Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife.

Ueber diese Deckungsfragen berieten nun wieder die Finanzminister der Bundesstaaten im Reichsfinanzministerium. Aber soviel man hört, haben die Pläne Dr. Births vor den Augen der Kollegen keine Gnade gefunden. Es soll zu erregten Verhandlungen gekommen sein und noch am dritten Tag der Beratung scheint keine Einigung erzielt worden zu sein, sodaß wie gemeldet wurde, eine weitere Konferenz in Dresden, fern von Berlin, anberaumt werden dürfte. Woran sich die Finanzminister hauptsächlich gestoßen haben, ist noch nicht bekannt, man dürfte aber kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß sie den unaufhörlichen Erhöhungen der Eisenbahn- und Posttarife, die nachgerade kulturell feindlich wirken, ein Ende gemacht wissen und vielmehr mit den vielen unzulässigen Staatsstellen aufzukommen wollen. Dr. Birth ist des Glaubens, daß wie beliebige Luxuswaren, die Eisenbahn- und Posttarife in dem Maß erhöht werden können, als der Geldwert gesunken ist. Dann läme z. B. der Inlandsbrief auf 1.20—1.40 Mark, und die Postkarte auf 60—70 Pfennig, ein Kilometer Bahnfahrt auf 50—60 Pfennig. Solche Finanzmittel sind praktisch unmöglich und ohnehin unzulänglich. Dagegen verdient der Vorschlag eines Berliner Eisenbahnbeamten die vollste Beachtung der Herren Finanzminister, daß nämlich alle Beamten, Angestellten und Arbeiter von Reich, Staat und Gemeinde, als Gegenleistung der schweren Opfer des Reichs für sie, freiwillig eine neunte Dienststunde täglich übernehmen.

Daß die Deckungsfrage, überhaupt der Ausgleich des Haushalts des Reichs und der Staaten unter der Einwirkung des Friedensvertrags, der von dem noch verbliebenen Rest unseres Volksvermögens ein Stück um das andere löst und immer neue Lasten, neue Verminderungen der Erwerbsmöglichkeiten bringt, bald zu einem großen Rätsel werden muß, das steht fest. Auf den 10. Mai müssen nach dem Schiedspruch des Amerikaners Shynes von der deutschen Heine-Flotte Kähne und Schleppschiffe im Wert von 500 Millionen Goldmark (mindestens 5 Milliarden Papiermark, mit den bald nachfolgenden Elbe- und Oderdampfern wird sich der Wert mindestens verdoppeln) an Frankreich ausgeliefert sein und zwar nicht etwa als Ersatz für im Krieg vernichtetes Gut, da Frankreich von seinen Flussschiffen so gut wie nichts verloren hat. Es ist ein blanker Raub, ein würdiges Gegenstück zu dem famosen Kohlenabkommen von Spa, das Frankreich mit Kohlen überflutet, sobald es nicht weiß, was es mit ihnen anfangen soll. So wird es mit unseren Kähnen gehen, die wir so bitter notwendig brauchen könnten und die nun in irgend einem Winkel Frankreichs verrotten werden. In den anderen Ländern der Welt ist nämlich bereits ein Ueberfluß von Handelsfahrzeugen vorhanden, da infolge der Anschaltung Deutschlands und Mitteleuropas vom Weltmarkt durch die Friedensverträge Handel und Wandel im größten Teil der Welt vollständig darniederliegt und diese Weltteile sich immer mehr verschärfen, was allerdings nicht hindert, daß dafür umso mehr Kriegsschiffe gebaut werden, mit der Bestimmung, die Weltmächtsfrage zur Entscheidung zu bringen, die durch den letzten Krieg nur angeschnitten worden ist. Auch Frankreich will ganze Flotten von Torpedobooten und — Tauchbooten bauen, um seine Kriegsschiffe am Atlantischen Weltmeer zu ausschlaggebenden Stützpunkten für die eine oder andere Mächtsfrage in dem künftigen großen Kampf zu machen und sie, wie der Admiral Journer sagt, als ein diplomatisches Druckmittel auf England sowohl wie auf Amerika zu benutzen. Denn wenn dann diesen beiden Nebenbühlern im Streit um die Seeherrschaft, die gleichbedeutend ist mit der Handels-herrschaft, dazwischen gelegen sein muß, daß im Ernstfall der

französischen Stützpunkte bedienen zu können, so müssen sie sich um die Freundschaft Frankreichs bewerben und — sie werden den Bürgerplänen Frankreichs gegen Deutschland keine ernstlichen Hindernisse in den Weg legen. So rechnet Admiral Journer und so rechnen Poincaré, Hoch, Despreux usw., die soeben das Kabinett Lehgues gestürzt haben, eines persönlich charakteristischen, nicht aus lauter Deutschenhaft zusammengesetzten, aber freilich auch diplomatisch nicht eben hervorragenden Mannes, den man mit dem verstorbenen Bethmann-Hollweg vergleichen könnte. Der französischen Kriegspartei scheinen sich die besten Aussichten zu eröffnen. Aber freilich, schäßen kann auch fehlen. Wilson hat die weitere Mitwirkung Amerikas an der „Friedensarbeit“ der Verbündeten endlich aufgesagt, aber ohne sich der Mitverantwortung an dem an Deutschland begangenen Unrecht entledigen zu können. Was sein Nachfolger Harding tun wird, ob er den Franzosen auf den Leim gehen wird, ist noch dunkel.

Auch Lloyd George hat keine rechte Lust mehr, an der Zusammenkunft des Obersten Rates in Paris, die auf 19. Januar anberaumt war, teilzunehmen, vielleicht traut er sich selber nicht mehr ganz. Die Zusammenkunft wird wohl wegen der französischen Kabinetsänderung verschoben werden. Dann wird aber auch die Fortsetzung der Sachverständigenkonferenz in Brüssel über die Kriegsentwaffnung wieder hinausgeschoben, von der man hoffte, daß die Entscheidung nicht mehr ganz in der Hand zu einem Teil auch in Sachleistungen für die Wiederherstellung in Frankreich geleistet werden sollte. In der Entwaffnung wird aber, das hat man in England klar ausgesprochen, nichts nachgelassen werden, nur soll nicht das Ruhrgebiet besetzt werden, was den Engländern nicht paßt; dagegen steht es den Franzosen frei, in Bayern einzurücken und die Mainlinie zu besetzen, falls Deutschland sich weiter „traffällig“ machen sollte.

Neues vom Tage.

Die Deckungsfrage.

Berlin, 14. Jan. Reichsfinanzminister Dr. Birth erklärte einem Vertreter der „Voss. Ztg.“, die aus der Besoldungserhöhung sich ergebende Mehrlastung des Reichs werde nach dem Ueberkommen belief 3 bis 4 Milliarden betragen, für Reich und Länder zusammen rund 8 Milliarden. Länder und Gemeinden können diesen Mehraufwand nicht mehr aufbringen, es werde darauf hinauslaufen, daß das Reich auch ihren Anteil an der Erhöhung auf sich nehmen müsse. Dies würde nur möglich sein bei Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife, der Kohlen- und der Umzugsteuer und Einführung einer Zuckersteuer. Die im Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Junggefellsteuer würde nur einen geringen Ertrag abwerfen.

Ein Erlaß des Reichsministers des Innern.

Leipzig, 14. Jan. Die unabhängige „Leipz. Volksztg.“ veröffentlicht einen ihr durch Vertrauensbruch in die Hände gefallenen Erlaß des Reichsministers des Innern, vom, der das Reichsfinanzministerium darauf hinweist, daß die auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung hinzielende Vorbereitung der Radikalen in letzter Zeit immer größeren Umfang annehme, ohne daß gegen diese hochverräterischen Umtriebe eingeschritten werde. Das Reichsministerium des Innern habe daher die Landesregierungen ersucht, die Polizeibehörden anzuweisen, daß solche Hochverratversuche bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht werden. Es wird gebeten, auch die Staatsanwaltschaften anzuweisen, nachdrücklicher als bisher gegen die hochverräterischen Bestrebungen einzuschreiten.

Abwehr gegen den Kommunismus.

Berlin, 14. Jan. Um Störungen durch beabsichtigte kommunistische Kundgebungen zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern in Dispreehen alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel zwischen dem 15. und 20. Januar verboten. — Die nichtkommunistischen Betriebsräte der Berliner Fabriken fordern die Arbeiter auf, an der kommunistischen Gedenkfeier für Liebknecht und Rosa Luxemburg am Samstag nicht teilzunehmen.

Kohlen-Schiebungen der Entente.

Essen, 14. Jan. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ berichtet, die belgische Regierung verkaufe den belgischen Händlern die deutsche Kohle, die nach dem Abkommen von Spa als „Entschädigung“ zu liefern ist, mit 122 Franken die Tonne, während sie selbst einschließlich aller Nebenkosten nur 88 Franken für die Tonne Kohle zu bezahlen braucht. In Frankreich wird in derselben Weise verfahren, indem dort die billige deutsche Kohle mit Hilfe einer Ausgleichskasse zur Verbilligung der erheblich teureren englischen und amerikanischen Kohle benutzt wird. Infolge der Ueberflutung Frankreichs mit internationaler Kohle soll sich in Frankreich bereits die Notwendigkeit einer Einschränkung der Förderung in den französischen Gruben als notwendig erwiesen haben. Das Blatt bewirkt dies damit, daß der gesamte französische Kohlenverbrauch im Jahr 1912 über 54,50 Millionen Tonnen betragen habe und sich jetzt neben einer Einfuhr von 2,8 Millionen Tonnen hauptsächlich deutscher Kohle eine eigene Förderung von rund 1,65 Millionen ergebe, so daß Frankreich jetzt monatlich über 4,45 Millionen Tonnen verläge.

Werbung für die Fremdenlegion.

Düsseldorf, 14. Jan. Im rechtsrheinischen Gebiet werden Agenten angeblich für den Wiederaufbau in Frankreich; die jungen Leute werden aber nach Betreten des französischen Bodens nach Algier geschickt. Die Werber betreiben auch wirtschaftliche Spionage.

Bourgeois über die Finanzlage Frankreichs.

Paris, 14. Jan. Nach seiner Wahl zum Senatspräsidenten hielt Leon Bourgeois eine Rede. Von den Ausgaben des Staatshaushaltsplans mit 44 Milliarden Franken seien nur etwa 20 Milliarden aus ordentlichen Einnahmequellen gedeckt. Für 16 1/2 Milliarden rechne man auf die Leistungen Deutschlands. Aber leider seien nur „unbedeutende Summen“ gezahlt worden. Bis zur Stunde sei noch nicht einmal die Entschädigungssumme festgesetzt. Dieser Zustand könne nicht andauern. Kleine Mittel können nicht helfen. Die Ausgaben müssen so eingestellt werden, wie es das Leben des Staats trägt und die Erfüllung der Verträge zuläßt. Frankreich dürfe nicht zögern, wenn es seine Sicherheit, die Verteidigung und die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete verlange. Es müsse die bedingungslose Durchführung des Vertrags und die den verwüsteten Gebieten zu gebenden „Reparationen“ verlangen. Frankreich wolle nicht an seinen Verbündeten, aber man müsse es verstehen, daß deutlich ausinandergesetzt, was Frankreich wolle und was es nicht wolle. Die Meinungen gehen auseinander. Diese Punkte müssen daher offen besprochen werden.

Abkündigung der Kohlenkarten in Frankreich.

Paris, 14. Jan. Von heute ab sind in Frankreich die Kohlenkarten abgekündigt. Damit hat die Rationierung der Kohle ihr Ende gefunden.

Lenin gestorben?

Paris, 14. Jan. Aus Moskau wird gemeldet, daß Lenin an einer schweren Krankheit gestorben sei. (Letzter Tag war berichtet worden, daß einige Ärzte aus Deutschland zur Vornahme einer Operation nach Moskau berufen worden seien. Die Ärzte sollen wieder nach Berlin zurückgekehrt sein, ehe sie die russische Grenze erreichten, da der Kranke inzwischen gestorben sei.)

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall?

London, 14. Jan. Reuter meldet aus Washington, der Befehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte in Ostasien, Admiral Cleave, sei von Shanghai nach Waiwinkai abgereist, um eine Untersuchung anzustellen, da gemeldet wurde, ein amerikanischer Marineoffizier sei von einer amerikanischen Schilddampfer erschossen worden.

Amerikanischer Vorschlag für Griechenland.

Athen, 14. Jan. Es wird gemeldet, die Regierung der Vereinigten Staaten sei damit einverstanden, einen Vorschlag von 32 Millionen Dollar, der bereits dem Kabinett Benjeloos versprochen worden war, zu gewähren unter der Bedingung, daß er zum Ankauf amerikanischer Waren, aber nicht für Kriegszwecke verwendet wird.

Paris, 14. Jan. Dem „Matin“ wird aus Athen gemeldet, daß König Konstantin sich zur Front begeben habe. Außerdem seien bedeutende griechische Verstärkungen abgegangen.

Entschließung der Finanzminister.

Berlin, 14. Jan. Die in Berlin versammelten Finanzminister haben zur Befriedigung folgende Entschließung gefaßt: Die Vertreter der Länder haben über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Reichsregierung mit den Beamtenorganisationen über eine weitergehende Erhöhung der Teuerungszulage geführt hat, beraten. Die Vertreter der Länder haben gegen die in diesen Verhandlungen getroffene Verabredung, die für die Länder von schwerwiegenden Folgen begleitet ist, ernste Bedenken. Wenn sie gleichwohl bereit sind, ihr zuzustimmen, dann geschieht dies unter folgenden Bedingungen: 1. Die durch die bisherige Verabredung veranlaßte Mehrbelastung ist eine Obergrenze, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf. 2. Die Deckung der durch die Erhöhung der Teuerungszulage im Reich den Ländern und Gemeinden erwachsenden Ausgaben erfolgt durch den Ertrag neuer Steuern und sonstiger neuer Einnahmen. Diese Steuern und Einnahmen sind in dem gleichen Gesetz festzusetzen, durch das die Ausgaben bewilligt werden. Bis zum Abschluß der neuen Einnahmen sind die den Ländern und Gemeinden durch die Erhöhung der Teuerungszulage erwachsenden Ausgaben durch das Reich zu erstatten.

Einspruch gegen das Nationalfeier-Verbot.

Berlin, 14. Jan. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat gegen das Verbot der französischen

Behörden, im besetzten Gebiet Gedenkfeiern für die Reichsgründung abzuhalten, Einspruch erhoben.

Ausweisung.

Breslau, 14. Jan. Der Reichstagsabg. Gothein ist, nachdem die Abstimmungskommission seine Vorträge zweimal verboten hatte, aus Oberschlesien ausgewiesen worden.

Verhandlungen über den Tarif für die deutsche Presse.

Leipzig, 14. Jan. In der gestrigen Verhandlung zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbands für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbands der deutschen Presse (Redakteure) erklärten die Verleger, daß sie den vom Reichsverband der deutschen Presse eingereichten Entwurf eines Reichstaris nicht annehmen können, weil die Verleger den Reichstaris für unzumutbar halten. Die Vertreter des Reichsverbands beharrten grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß ein Reichstaris notwendig sei. Einig waren die Vertreter beider Verbände, daß eine Arbeitsgemeinschaft notwendig sei. Es wurde ein zehnjähriger Ausschuss eingesetzt, der die gegenseitigen Anschauungen zu klären hat, in welcher Weise sowohl die materiellen, wie die geistigen Interessen der Journalisten als auch die durch die Verleger und Redakteure gemeinsam zu vertretenden grundsätzlichen Interessen der Presse am besten wahrgenommen werden könnten.

Unabhängig von diesen Beratungen und ihren Ergebnissen erklärten die Vertreter des Arbeitgeberverbands, daß ihr Verband, in Fühlungnahme mit dem Reichsverband der deutschen Presse, sofort alles daran setzen werde, um für die Landesverbände, in denen bisher tarifliche Abmachungen oder entgegengesetzte Vereinbarungen zwischen Verlegern und Redakteuren noch nicht bestehen oder einem der Vertragsteile nicht genügen, den Abschluß und die Durchführung befriedigender Vereinbarungen herbeizuführen und Verträge zu einer Vermittelung, eventuell durch paritätisch besetzte Kommissionen zu unternehmen, falls in den Bezirken die Beteiligten sich nicht einigen können.

Volksabstimmung über den Anschluß Oesterreichs.

Wien, 14. Jan. Die Reichsparteileitung der Großdeutschen Volkspartei beschloß einstimmig, die Regierung aufzufordern, sofort einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der eine Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland anordnet.

Der Poststreik ist allgemein. Die Briefkästen werden nicht mehr entleert, keine Post mehr ausgetragen, Pakete nicht mehr angenommen. Der Geldverkehr, der Rohrpostdienst, Telegraph und Fernsprecher bleiben mit Hilfe der Beamten, die sich dafür zur Verfügung gestellt haben, im Betrieb.

Auflösung der GÖZ.

Paris, 14. Jan. Das Strafgericht hat die sozialistischen Abgeordneten Jouhaux, Laurent, Vapierre, Demoulin und Calvairac wegen Aufrufes zu einer gemeinsamen Strafe von 100 Franken und zur Tragung der Gerichtsosten verurteilt. Außerdem wurde die Auflösung der GÖZ (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) ausgesprochen.

Futter für die Fremdenlegion.

Marseille, 14. Jan. Etwa 100 Soldaten und Offiziere des Wrangelschen Heers sind gestern in Marseille gelandet. Sie haben sich für die Fremdenlegion anwerben lassen.

Württemberg.

Stuttgart, 14. Jan. (Keine Wiedereinstellung bei Daimler.) Entgegen einer anderweitig verbreiteten Nachricht teilt uns die Daimler-Motoren-Gesellschaft mit: Es ist unwar, daß wir vom 15. Januar ab wieder eine höhere Anzahl der beim letzten Streik entlassenen Arbeiter einstellen. Unser Betrieb wird bezüglich des Umfangs nicht geändert. Es ist bedauerlich, daß von unverantwortlicher Seite auf diese Weise immer wieder Unruhe unter die entlassenen Arbeiter getragen wird.

Stuttgart, 14. Jan. (Strafkammer.) Wegen schweren Verbrechens an seiner 12jährigen Stieftochter wurden der städtische Arbeiter Friedrich Rück hier zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und der Gärtner Weigand wegen gleichen Verbrechens an seinen beiden kaum schulpflichtigen Kindern zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Stuttgart, 14. Jan. (Verschiedenes.) Die städtische Finanzkommission des Gemeinderats beschloß mit Stimmenmehrheit die Aufhebung der bestehenden Schutzmannschaft auf 1. April 1921. — Ein 25-jähriges Dienstmädchen stürzte sich von der König-Karl-Brücke in den Neckar. Sie konnte gerettet werden. Der Grund soll unglückliche Liebe sein. — Im Kanonenweg stürzte sich eine Frau aus dem 2. Stock ihres Hauses. Sie brach beide Hüfte. — Wegen Ueberfüllung eines Arbeiterzugs nach Feuerbach kam es am Mittwoch abend zu größeren Unruhen, wobei Arbeiter mit Steinen nach den Eisenbahnbediensteten warfen. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Schwaigern, 14. Jan. (Einbruch.) In der Nacht wurde in das Wohnhaus des Bauern Schöner eingebrochen. Dem Dieb fielen 4000 Mark in bar und eine Anzahl Wäsche in die Hände. Auch an der Weiszengrube machte er sich zu schaffen.

Ulm, 14. Jan. (Berufung.) In den Beirat der Reichs-Eisenbahnen, Bezirk Württemberg, wurde der Vorsitzende der Ulmer Handwerkskammer, Stadtrat Gg. Maier, und als Stellvertreter Direktor Schuler bestellt.

Chrenstein (bei Ulm), 14. Jan. (Vermißt.) Ein 14 Jahre altes Mädchen von hier, einem gewissen Mannweiler gehörig, wurde auf die Ortskrankenkasse Ulm geschickt, um einen Ausweis für einen Arzt zu holen. Das Mädchen, das etwas beschränkt ist, wird seither vermißt. Der Stiefvater soll sehr hart sein.

Keresheim, 14. Jan. (Eintritt in die christliche Organisation.) Die gesamte Arbeiterschaft des Härtfeldwerkes ist in die christliche Gewerkschaft eingetreten.

Ulm, 14. Jan. (Lohnprämien.) Hier wurde bei den Notstandsarbeiten ein Versuch mit Lohnprämien gemacht, um die Arbeitsleistung zu heben. Beim Erdmassentransport am Blauring wurden Arbeitergruppen von 5 Mann gebildet, für die eine angemessene Leistung festgesetzt wurde. Was über die Leistung hinaus gearbeitet wird, wird prämiert. Das Ergebnis ist befriedigend. Die Soll-Leistung wurde von 0,33 Kbm. auf 0,36 Kbm. pro Mann und Stunde gebracht. Im Stundenlohn macht's 10 Pfg. aus. Die Stadt gab Ermächtigung, dieses System weiterzubehalten.

Die Stadt Ulm kann demnächst aus ihrer Schweinemastanstalt eine größere Anzahl Schweine zur Schlachtung bringen. Auf den Kopf kann 1/4 Pfund abgegeben werden. Der Preis beträgt 14 Mark das Pfund.

Niedlingen, 14. Jan. (Todesfall.) Im Alter von 58 Jahren ist Herr Stephan Ulrich, Verleger und Redakteur der „Niedlinger Zeitung“ und Inhaber der Ulrich'schen Buchdruckerei, nach längerem Leiden verstorben.

Uttenweiler Oß. Niedlingen, 14. Jan. (Die Getreidebeschlagnahme.) Das Schultzeisenamt teilt mit, daß am Tage der Beschlagnahme in der Schloßmühle 70 Zentner Getreide lagerten, für das die Mahlscheine vorlagen. Bis auf einen unbedeutenden Rest müsse daher alles beschlagnahmte Getreide wieder herausgegeben werden.

Biberach, 14. Jan. (Spende.) Karl Zoller in Neuwerk, der während des Kriegs dem hiesigen Roten Kreuz Geldspenden übersandte, hat für bedürftige Krüger, Witwen und Waisen 39 000 Mk. gespendet. Auf Weihnachten konnten 500 Personen mit Gaben von 50—200 Mk. bedacht werden. Die Frau des Spenders hat außerdem über 100 vollene Häubchen und Mützen, Blusen und Jacken zur Verteilung an notdürftige Kinder übersandt.

Havensburg, 14. Jan. (Der Giftmord.) Wie bereits mitgeteilt, ist am Dienstag im hiesigen Krankenhaus eine 30jährige Pianistin aus Pasing an Vergiftungserscheinungen gestorben. Auf die Aussagen hin, die das Mädchen vor ihrem Tode machte, wurde nun ein hiesiger Ingenieur in Haft genommen.

Stuttgart, 14. Jan. (Kleine Anfragen.) Der Abg. Ströbel (B.B.) hat folgende kleine Anfragen eingebracht: Ist es richtig, daß die Finanzämter auch für die Entschädigungsbeträge, die für das an Kauf- und Klauensteue gefallene Vieh bezahlt werden, Umsatzsteuer ansetzen? Was gedenkt das Staatsministerium zur Befreiung dieser ungerechten Belastung zu tun? — Ist dem Staatsministerium bekannt, daß der von der Landwirtschaft um 69,75 Mk. für den Hektar an die Kommunalverbände gelieferte Hafer von der Reichsgetreidebestelle zu 160 Mark weiterverkauft wird? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um dieses unglückliche Vorgehen der Reichsgetreidebestelle abzustellen?

Die bürgerlichen und rechtssozialistischen Fraktionen des Landtags haben eine große Anfrage eingebracht über die in den Landesdienst zurückgetretenen Verkehrsbeamten. Für diese Beamten bestche ein völlig rechtsloser Zustand, sie sollten in die Besoldungsordnung eingereiht und über ihre Rechtsverhältnisse Klarheit geschaffen werden.

Stuttgart, 14. Jan. (Verbot von Fastnachtsveranstaltungen.) Das Ministerium des Innern hat für heuer Fastnachtsveranstaltungen jeder Art verboten. Die Oberämter und Ortspolizeibehörden dürfen keine Erlaubnis zu Tanzveranstaltungen erteilen.

Stuttgart, 14. Jan. (Das Mädchen aus der Fremde.) Das Dunkel über die Persönlichkeit des Mädchens, das seit einigen Tagen die öffentliche Meinung beschäftigt, ist nunmehr aufgeklärt. Den Nachforschungen der Polizei ist es gelungen, festzustellen, daß das Mädchen eine 26 Jahre alte — Württembergerin ist, die schon mehrfach in Irrenanstalten untergebracht war.

Hohenheim, 14. Jan. (Ehronung.) Die Staatswissenschaftliche Fakultät der Tübinger Universität hat dem Direktor der landwirtschaftlichen Hochschule, Geheimrat Dr. Keroboe, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Stuttgart, 13. Jan. (Schlachttiermarkt.) Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 50 Ochsen, 77 Bullen und Jungbullen, 70 Jungrinder, 70 Kühe, 105 Kälber, 107 Schweine und 16 Schafe. Unverkauft blieben 20 Ochsen und 50 Kühe. Der Markt war mäßig belebt. Für 1 Zentner Lebendgewicht wurden bezahlt: Ochsen und Bullen erste Qualität 830—890, zweite 700—800, Jungrinder erste 830—890, zweite 700—800, Kühe erste 750—820, zweite 590 bis 680, dritte 380—480, Kälber erste 1050—1100, zweite 950 bis 1000, dritte 850—920, Schweine, fette, 1300—1350, fleischige 1200—1300, leichte und magere 1100—1200 Mk.

Baden.

Karlsruhe, 14. Jan. In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Bad. Landtags stellte ein sozialdemokratischer Redner die Anfrage, wie weit die Arbeiten geblieben seien, um den Lesestoff in den Volks- und Fortbildungsschulen nach den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen zu ordnen. Unterrichtsminister Hummel erwiderte, es sei eine Kommission zur Umarbeitung des Lesebuchs eingesetzt. Sie besteht aus 8 Volksschullehrern und je 2 Kreisrätern und Rektoren. Nicht mehr zeitgemäße Lesestücke sollen entfernt und durch aktuellen Stoff ersetzt werden. Ein völliger Neudruck des Lesebuchs könne erst in zwei Jahren erfolgen. Die Kommission unterstehe der Aufsicht des Unterrichtsministeriums. Von sozialdemokratischer Seite wurde gefordert, daß den Kindern Verständnis für die gegenwärtige Staatsform beigebracht werde. Ein Zentrumsredner verlangte, daß der Geschichtsunterricht mehr auf Baden zugeschnitten werde.

Karlsruhe, 14. Jan. Auf der Tagung des Verbands badischer Bauvereinigungen teilte der Vorsitzende Regierungsrat Dr. Kampffmayer mit, daß er bald

seinen Wohnsitz von Marktstraße wegverlegt und sich deshalb veranlaßt sehe, den Vorsitz des Verbands niederzulegen.

Heidelberg 6. Bruchsal, 14. Jan. Aus dem Stall eines hiesigen Fabrikanten wurden zwei Pferde im Wert von 45 000 Mk. gestohlen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Pferde über den Rhein nach der Pfalz verbracht worden sind.

Brühl 6. Schwetzingen, 14. Jan. In die umfangreichen Metallgießereien bei den Schütte-Lanzwerken sind bis jetzt 17 Personen verwickelt. An Aluminium wurde ein Wert von 130 000 Mk., an Kupfer ein solcher von 80 000 Mk. gestohlen.

Wentheim (M. Tauberbischofsheim), 14. Jan. Der Bürgerausschuß hat die Erstellung einer Wasserleitung mit einem Kostenaufwand von rund 900 000 Mk. genehmigt.

Oberesingenen, 14. Jan. Die haben bei kurzem Tag und freier Beköstigung Tagelöhner einen Drescherlohn von 50 Mk. für den Tag verlangt.

Altheim 6. Mespelbrunn, 14. Jan. Durch Feuer ist das gesamte Anwesen des Landwirts Josef Hagen eingedacht worden.

Lotales.

— **Falsche Fünzigmarkheine** vom 30. November 1918 sind wieder in Umlauf gebracht worden. Die Falschstücke haben kein Wasserzeichen und zeigen helleren Druck. Auf der Rückseite sind die Ausstrahlungen nach den Ecken sehr undeutlich.

— **Freigabe des Tabaks?** Auf Ersuchen des Reichswirtschaftsministeriums hat der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats das Gutachten abgegeben, daß die Einfuhr von Rohtabak freigegeben und die Kontingentierung der Verarbeitung, sowie alle zwangswirtschaftlichen Gesellschaften einschließlich der Außenhandelsstelle aufgehoben werden sollen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen halten an. Am Sonntag und Montag ist weiter unbeständiges, mäßig kühles Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Für Kunst und Wissenschaft.

Berlin, 14. Jan. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde ein Antrag Dr. Schreiber (Z.) angenommen, zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke soll 100 000 Mk. für das Etatsjahr 1921 5 Millionen Mark zu bewilligen. Die Verteilung dieser Summe soll nach Anhörung eines parlamentarischen Beirats vorgenommen werden.

60 000 Kronen Existenzminimum.

Wien, 14. Jan. Die sozialdemokratische Partei kandidiert für die neuen Einkommensteuerberatungen des Nationalrats die Hinaufhebung des steuerfreien Existenzminimums auf 60 000 Kronen an gegen 1500 Kronen im Jahr 1914.

Die Staatsbeamten sind mit einer neuerlichen Forderung einer abermaligen Beihilfe von 10 000 Kronen an die Regierung herantreten. Der Bundeskanzler hat die Forderung abgelehnt.

Die französische Kabinettsbildung.

Paris, 14. Jan. Dem „Excellor“ scheint die Bildung des Kabinetts durch Peret wahrscheinlich. Peret würde dann auch den Wunsch des Senats nach Einschränkung der Minister- und Unterdirektorenposten verwirklichen und sein Kabinett wie folgt bilden: Präsidium und Innenres: Peret, Justiz: Bonnevay, Auswärtiges: Frian, Krieg: Raiberti, Marine: Doumer, Finanzen: Loucheur und Schatz: Charles Dumont.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 14. Jan. Havas meldet: Die deutschen Kohlenlieferungen im Dezember auf Grund des Spa-Protokolls beliefen sich auf 1 695 280 Tonnen. Davon erhielten Frankreich 1 220 136, Italien 172 192, Belgien 266 685 und Luxemburg 35 866 Tonnen. Das Programm sieht für Februar und März je 2 200 000 Tonnen Kohlenlieferungen vor, für die weder die Prämienzahlung von 5 Goldmark an Deutschland gelten soll, noch die Vorschüsse, die nach dem Spa-Protokoll vom August 1920 bis Januar 1921 zu zahlen waren. Zum Ausgleich des Lieferungsabmanagements gegenüber den Vorschriften des Spa-Protokolls soll Deutschland sich verpflichten, Ergänzungslieferungen mit Vorzug für Höhe von monatlich 250 000 Tonnen auszuführen.

gen mit Vorzug für Höhe von monatlich 250 000 Tonnen auszuführen.

Besuch des Königs Alfons in Rom.

Madrid, 14. Jan. In der römischen Meldung, daß König Alfons von Spanien den König von Italien (ebenso die südamerikanischen Staaten) besuchen werde, bemerken die Madrider Blätter, daß der König auch den Papst besuchen werde. Seit 1871 wäre es das erste Mal, daß ein katholischer Regent offiziell und mit Zustimmung des Papstes nach Rom käme.

München, 14. Jan. Bayern führt Aufenthaltsgeldern für Fremde ein. Sie betragen bei Österreichern 5, 10 und 15 Mark für ein-, zwei- und vierwöchigen Aufenthalt, für Tschechen 20, 30 und 40 Mark für die übrigen Ausländer 100, 200 und 250 Mark. Die Einreiseerlaubnis wird durch neue Verfügungen geregelt.

Breslau, 14. Jan. Wie verlautet, soll die Abstimmung in Oberschlesien am 13. März stattfinden.

Kaub. In Altdorf bei Essen überfielen drei maskierte Vandalen den Pfarrer im Pfarrhaus, bedrohten ihn mit Revolvern und raubten eine Monstranz und einen wertvollen Messel, sowie 19 Flaschen Wein. Die Fernsprechanlage hatten die Räuber zuvor durchschnitten.

Kath. Gottesdienst. 2. Sonntag nach Erscheinung. 16. Januar. 7^{1/2} Uhr Frühmesse, 9^{1/2} Uhr Predigt und Amt. 1^{1/2} Uhr Christenlehre und Andacht.

Während der Woche:

Montag keine hl. Messe. An den übrigen Tagen 7^{1/2} Uhr hl. Messe.

Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh von 6^{1/2} Uhr an, Werktags vor der hl. Messe.

Kommunion: Sonntag 7 Uhr bei der Frühmesse. Montag 5 Minuten nach 6 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Evang. Gottesdienst. 16. Jan. 2. S. n. Erscheinungsfest. 9^{1/2} Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10^{1/2} Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Söhne), Stadtpfarrer Dieterle. 2 Uhr Bibelstunde: Stadtpfarrer Dieterle. 2 Uhr Predigt in Sprollenhäus: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Wir bieten mit unserem

Inventur-Ausverkauf

allergrößte Vorteile in sämtlichen

Manufakturwaren ::: Aussteuer-Artikeln

- und Kurzwaren. -

Benützen Sie diese günstige Gelegenheit zu Ihren Einkäufen!

PH. BOSCH NACHF., Inh.: Wiber & Graß. WILDBAD

Sigung des Gemeinderats

am Montag, den 17. Januar 1921
nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Durchsicht der Rechnungen der Stadtpflege und der Schulkasse pro 1915 und 1916, der Ortsarmenpflege pro 1915 und 1916 und der Bergbahnerverwaltung pro 1914, 1915 und 1916.
2. Vergabung weiterer Straßenbauarbeiten an den Bägner- und Parkstraße.
3. Herstellung einer Kanalisation in der Hauswiesengasse.
4. Erhöhung des Wartgelds der Hebammen.
5. Gesuch der städt. Notstandsarbeiter um Lohnzahlung für die in die Woche fallenden Feiertage.
6. Anstellung eines Forstwarts für den Regeltal- und Leonhardswald.
7. Verschiedenes.

Für die Reichsteuerveranlagung ist vom Finanzamt eine

Personenstandsaufnahme auf 15. November 1920

angeordnet. Demzufolge werden im Laufe der nächsten Woche durch die Schumannschaft für jede Haushaltung Wohnungslisten ausgegeben, in welche sämtliche in jedem Haushalt am 15. November 1920 anwesend gewesenen Personen alsbald genau zu verzeichnen sind. Wohnungsmieter haben die Listen nach erfolgter Ausfüllung sofort dem Hausbesitzer oder dessen Vertreter zu übergeben, der hierzu die vorgeschriebene Bescheinigung mit der Überschrift „Personenstandsaufnahme“ abzugeben hat.

Vom 25. Januar an werden die sämtlichen Listen durch die Schumannschaft bei den Hausbesitzern wieder abgeholt.

Wildbad, den 14. Januar 1921.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Württ. Bürgerpartei (Deutschnationale Volkspartei)

Ortsgruppe Wildbad.



Die 50. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung feiert die Ortsgruppe am Dienstag, 18. ds. Mts., abends 8 Uhr, im kühlen Brunnen durch eine Mitgliederversammlung mit einem Vortrag des Herrn Professors Wieth.

Hiezu werden unsere Mitglieder, sowie Freunde unserer Sache herzlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Kaufe Wein- u. Sektflaschen,

sowie Zeitschriften u. Zeitungen zu den höchsten Preisen. Bei Erhalt einer Karte wird die Ware abgeholt.

M. Puder, Brötzingen, Kirchenstraße 45.

Bottnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Versandhaus Westfalia, Gelsenkirchen (Westf.) 207.



Porträt

-Vergrößerungen

nach jedem Bilde fertigt an in verschiedenen Malarten.

Baumann.

Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl

Musik-Haus Curth, Großhandel und Einzelverkauf Pforsheim, Leopoldstr. 17 (Letzden, Aidoisch-Rohbrücke).

Damen

gebrauchen bei Störungen sofort die Präparate mit reeller Garantie einer erfahrenen Frau. Ihre letzten Zweifel müssen schwinden, wenn Sie sich die freiwillig, herzlich, kostenlos beglaub. Dankschreiben leisten. Das. kostenlos gegen Rückporto kommen lassen. Wenn Sie wollen, bestellen Sie sofort in Zuverlässigkeit. Bestimmung unentgeltlich per Nachnahme.

Frau Paula Dombrowski A. 622, Berlin SW. 11, Schönbergerstr. 6.

Herr. Trik. Hemden

33 Mark

Hosen 26 Mk., Frauenhosen 21 Mk. Wollestrümpfe 13 Mk. u. 44 Mk., Frauenstrümpfe 13 Mk. u. 14 Mk. Porto. Gute Ware. R. Großmann, München 41, Baaderstr. 1.

